

Fünf Jahre Taliban-Herrschaft: Verletzung der Menschenrechte dürfen nicht normalisiert werden

Statement zum fünften Jahrestag der Machtübernahme der Taliban

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Vertreterinnen und Vertreter der Medien,

fünf Jahre sind vergangen, seit dem die Taliban am 15. August 2021 gewaltsam die Macht in Afghanistan übernommen haben.

Fünf Jahre, in denen Millionen Menschen ihre Freiheit verloren haben.

Fünf Jahre, in denen Frauen und Mädchen systematisch aus Bildung, Arbeit und dem öffentlichen Leben ausgeschlossen wurden.

Fünf Jahre, in denen Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger, Journalistinnen und Journalisten und ehemalige Staatsbedienstete unter Repression und Angst leben.

Fünf Jahre, in denen die Radikalen islamisten geschäft haben durch ihre Menschen und Frauen verachtende Politik Deutschland davon zu überzeugen sie indirekt an zuerkennen.

Und fünf Jahre, in denen die internationale Gemeinschaft immer wieder versprochen hat, die Menschenrechte des afghanischen Volkes nicht zu vergessen.

Heute müssen wir deshalb eine unbequeme Frage stellen: Was ist aus diesen Versprechen geworden?

Afghanistan darf nicht zur Normalität werden

Afghanistan darf nicht zur Normalität werden

Als Menschenrechtsaktivist kritisiere ich ausdrücklich jede Politik, die die systematische Unterdrückung von Menschen hinnimmt oder sie sogar normalisiert.

Eine Politik, die Frauen und Mädchen systematisch aus dem öffentlichen Leben ausschließt, ihnen den Zugang zu Bildung und Arbeit verweigert, die Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit massiv einschränkt und jungen Menschen jede freie und selbstbestimmte Entwicklung erschwert, darf niemals als normal akzeptiert werden.

Besonders besorgniserregend ist, wenn Minderjährige ideologisch indoktriniert und für extremistische Vorstellungen geprägt werden. Kinder und Jugendliche brauchen Bildung, Schutz und eine Zukunft – keine politische oder religiöse Radikalisierung.

Afghanistan darf nicht zu einem Land werden, in dem Unterdrückung als Normalität gilt.

Menschenrechte, Frauenrechte, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und das Recht auf Bildung sind keine Privilegien. Sie sind universelle Menschenrechte

Aber **Kontakt ist nicht dasselbe wie politische Normalisierung.**

Humanitäre Hilfe für die afghanische Bevölkerung darf nicht zu politischer Anerkennung der Taliban führen.

Die Europäische Union selbst hat nach der Machtübernahme fünf zentrale Bedingungen für ihr Engagement genannt: Menschenrechte, insbesondere die Rechte von Frauen, Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit, eine inklusive politische Ordnung, humanitärer Zugang und die Möglichkeit für gefährdete Afghaninnen und Afghanen, das Land sicher zu verlassen. Die EU hat zugleich ausdrücklich erklärt, dass ihr operatives Engagement keine politische Anerkennung der Taliban bedeutet.

Fünf Jahre später müssen wir fragen: Werden diese Grundsätze noch konsequent durchgesetzt?

Frauen in Afghanistan dürfen nicht vergessen werden

Für afghanische Frauen ist die Realität keine politische Debatte – sie ist ihr tägliches Leben.

Frauen und Mädchen werden weiterhin massiv in ihren Rechten eingeschränkt. Bildung, Arbeit, Bewegungsfreiheit und die Teilnahme am öffentlichen Leben sind für Millionen Frauen und Mädchen eingeschränkt oder ihnen verwehrt. Die Vereinten Nationen beschreiben die Situation als besonders schwere und systematische Unterdrückung.

Eine Regierung, die die Hälfte der Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben ausschließt, darf nicht durch Gewöhnung legitimiert werden.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Unterdrückung afghanischer Frauen irgendwann als „afghanische Realität“ akzeptiert wird.

Menschenrechte sind keine westliche Forderung.

Frauenrechte sind keine politische Verhandlungsmasse.

Bildung ist kein Privileg.

Freiheit ist kein Geschenk.

Es sind Menschenrechte.

Deutschland muss Verantwortung übernehmen

Ich richte deshalb auch eine klare Botschaft an die deutsche Bundesregierung und an die europäischen Institutionen:

Bitte machen Sie Afghanistan nicht zu einer Frage von Abschiebungszahlen, Migrationsmanagement und kurzfristiger politischer Zweckmäßigkeit.

Hinter jeder afghanischen Akte steht ein Mensch Und In der jeder Akte steht eine Geschichte.

Und hinter manchen Akten stehen Menschen, die sich gegen die Taliban eingesetzt haben, Frauenrechtsaktivistinnen, Journalisten, Menschenrechtsverteidiger, ehemalige Mitarbeiter staatlicher Institutionen und andere gefährdete Personen.

Viele von uns haben Afghanistan verlassen, weil wir dort nicht mehr sicher waren.

Wir sind nach Deutschland gekommen, weil wir geglaubt haben, dass Deutschland ein Land ist, in dem Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Schutz vor Verfolgung ernst genommen werden.

Wir dürfen nicht aus Afghanistan fliehen, um anschließend in Europa wieder Angst vor denjenigen haben zu müssen, vor denen wir geflohen sind.

Schutzsuchende dürfen nicht zu Opfern der Politik werden

Besonders besorgniserregend ist für viele Afghaninnen und Afghanen die Frage des Datenschutzes und des Schutzes sensibler persönlicher Informationen.

Wer in Deutschland Schutz sucht, muss darauf vertrauen können, dass Informationen über die eigene politische Tätigkeit, Menschenrechtsarbeit oder persönliche Gefährdung nicht zu einer neuen Gefahr für diese Person oder ihre Angehörigen werden.

Deshalb brauchen wir **höchste Transparenz und strengste Datenschutzstandards**, insbesondere bei jeder Zusammenarbeit mit afghanischen Stellen und bei konsularischen oder behördlichen Kontakten.

Unsere Angst darf nicht einfach als Misstrauen abgetan werden.

Für Menschen, die vor Verfolgung geflohen sind, kann die Frage, wer Zugang zu Informationen über ihre Vergangenheit hat, eine Frage von Leben und Tod sein.

Wir brauchen deshalb klare Garantien: Kein gefährdeter Afghane und keine gefährdete Afghanin darf durch deutsche oder europäische Zusammenarbeit mit den Taliban einer zusätzlichen Gefahr ausgesetzt werden.

Keine Zusammenarbeit auf Kosten der Menschenrechte

Keine Normalisierung der Taliban

Gespräche mit den Taliban sind für viele Afghaninnen und Afghanen ein schmerzhafter Widerspruch.

Auf der einen Seite spricht Europa über Menschenrechte, Freiheit und die Rechte von Frauen und Mädchen. Auf der anderen Seite setzt es sich mit den Taliban an einen politischen Tisch – mit einer Führung, unter deren Herrschaft Millionen Menschen ihre Freiheit verloren haben und Frauen und Mädchen systematisch aus dem öffentlichen Leben gedrängt werden.

Für die afghanische Bevölkerung ist das mehr als ein diplomatischer Vorgang.

Es ist die Frage, ob Europa die Opfer dieser Herrschaft wirklich ernst nimmt.

Wir haben erlebt, was Gewalt, Anschläge, Unterdrückung und Angst mit unserem Land gemacht haben. Viele Menschen haben Familienangehörige verloren, ihre Heimat verlassen und ihr gesamtes Leben zurücklassen müssen. Viele Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger sind bis heute gefährdet.

Deshalb dürfen die Taliban nicht einfach zu einem normalen politischen Gesprächspartner werden, nur weil sie heute die Macht in Afghanistan kontrollieren.

Wer mit den Machthabern spricht, muss gleichzeitig die Stimmen der Menschen hören, die unter ihrer Herrschaft leiden.

Humanitäre Gespräche können notwendig sein, um Menschen zu helfen und Leben zu retten. Aber humanitäre Hilfe darf nicht mit politischer Normalisierung verwechselt werden.

Die Taliban kontrollieren Afghanistan – aber sie sind nicht Afghanistan.

Afghanistan sind die Menschen.

Und genau diese Menschen dürfen in der europäischen Afghanistan-Politik niemals vergessen werden.

Wir sind keine Zahlen

Ich möchte heute auch über etwas sprechen, das in politischen Debatten häufig verloren geht:

Wir sind keine Zahlen.

Wir sind Menschen.

Wir sind Frauen, Männer, Kinder, Familien, Studentinnen, Journalistinnen, Aktivistinnen, Ärztinnen, Lehrer, Menschenrechtsverteidiger und Menschen, die einfach in Freiheit und Sicherheit leben wollen.

Viele von uns haben Afghanistan nicht verlassen, weil wir unser Land nicht lieben.

Wir haben Afghanistan verlassen, **weil wir unser Leben retten mussten.**

Wir haben unsere Familien, unsere Häuser, unsere Arbeit und unsere Heimat zurückgelassen.

Und trotzdem tragen wir Afghanistan jeden Tag in unseren Herzen.

Deshalb dürfen wir nicht akzeptieren, dass die Welt Afghanistan vergisst, nur weil die Taliban inzwischen seit fünf Jahren an der Macht sind.

Eine Botschaft an Europa

Europa muss sich entscheiden, welche Werte ihre Afghanistan-Politik bestimmen sollen.

Sind Menschenrechte nur dann wichtig, wenn sie politisch bequem sind?

Sind Frauenrechte verhandelbar, wenn es um Migration, Sicherheit oder diplomatische Interessen geht?

Darf eine Regierung Menschenrechte systematisch verletzen und anschließend erwarten, dass die internationale Gemeinschaft einfach zur Tagesordnung übergeht?

Meine Antwort lautet: Nein.

Wir brauchen keine Isolation der afghanischen Bevölkerung.

Wir brauchen Solidarität mit der afghanischen Bevölkerung.

Aber Solidarität mit Afghanistan bedeutet nicht Solidarität mit den Taliban.

Afghanistan ist nicht die Taliban.

Die Afghaninnen und Afghanen sind mehr als die Machthaber in Kabul.

Afghanistan sind die Frauen, die trotz Verbote weiter für ihre Rechte kämpfen.

Afghanistan sind die Mädchen, die trotz geschlossener Schulen weiter lernen wollen.

Afghanistan sind die Journalistinnen und Journalisten, die trotz Gefahr die Wahrheit sagen.

Afghanistan sind die Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger, die trotz Bedrohungen nicht schweigen.

Und Afghanistan sind Millionen Menschen, die nichts anderes wollen als Frieden, Freiheit, Würde und eine Zukunft.

Zum fünften Jahrestag

Fünf Jahre Taliban-Herrschaft dürfen deshalb kein Anlass sein, die Unterdrückung zu normalisieren.

Sie müssen ein Anlass sein, **unsere Haltung zu überprüfen und unsere Verantwortung zu erneuern.**

Ich fordere die deutsche Bundesregierung und die Europäische Union auf:

Sprechen Sie mit den Taliban, wenn es notwendig ist, um Menschenleben zu retten – aber sprechen Sie niemals über die Köpfe der afghanischen Bevölkerung hinweg.

Helfen Sie den Menschen in Afghanistan – aber legitimieren Sie nicht ihre Unterdrücker.

Schützen Sie afghanische Frauen – nicht nur mit Worten, sondern mit konkreten politischen Maßnahmen.

Schützen Sie Menschenrechtsverteidiger – auch diejenigen, die heute in Deutschland leben.

Und vor allem:

Machen Sie aus den Menschen, die vor den Taliban geflohen sind, nicht erneut Opfer politischer Entscheidungen.

Wir haben Afghanistan verlassen, weil wir frei und sicher leben wollten.

Wir dürfen nicht das Gefühl bekommen, dass unsere Flucht umsonst war.

Menschenrechte sind nicht verhandelbar.

Frauenrechte sind nicht verhandelbar.

Menschenwürde ist nicht verhandelbar.

Und die Sicherheit von Menschen, die vor Verfolgung geflohen sind, darf niemals zum politischen Spielball werden.

Fünf Jahre Taliban sind fünf Jahre zu viel.

Afghanistan braucht nicht mehr Normalisierung der Unterdrückung. Afghanistan braucht eine Zukunft in Freiheit, Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung.

Vielen Dank.

Idrees Ahmadzai